

VERGABEUNTERLAGEN

293/2026

Betriebsführung Wasserversorgung

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU)
(Sektorenverordnung)

Teilnahmewettbewerb

AUFTRAGGEBER

Zweckverband Industrie- und Gewerbepark Raum Lahr (IGP) bei der Stadt Lahr
Rathausplatz 7, 77933 Lahr/Schwarzwald, Deutschland

13.08.2026

Inhaltsverzeichnis

Teilnahmeunterlagen.....	1
Veröffentlichungstexte Teilnahmewettbewerb.....	1
.....	4
Vergabeunterlagen Teilnahmewettbewerb.....	4
Anlage 1 Bewerbererklärung	30
Anlage 2 Nachweis Haftpflichtversicherung	36
Anlage 3 Eigenerklärung Spezifischer Jahresumsatz	38
Anlage 4 Eigenerklärung Mitarbeiter	39
Anlage 5 Eigenerklärung Referenzen	40
Anlage 6 Erklärung über Nichtvorliegen von Ausschlussgründen.....	42
Anlage 7 Erklärung Nichtvorliegen Eintragungen Wettbewerbsregister.....	43
Anlage 8 Eigenerklärung nichtvorliegen Ausschlussgründe	44
Anlage 9 Eigenerklärung über Selbstreinigungsmaßnahmen	47
Anlage 10 Verpflichtungserklärung Mindestentgelt	49
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt	49
Ich erkläre / Wir erklären, dass.....	49
Ich bin mir / Wir sind uns bewusst, dass	50
Anlage 11 Eigenerklärung Eignungsleihe	51
Anlage 12 Verpflichtungserklärung eignungsvermittelnder Unternehmen	53
Anlage 13 Eigenerklärung Nachunternehmereinsatz.....	54
Anlage 14 Nachunternehmererklärung	55
Anlage 15 Erklärung Bewerbungsgemeinschaft.....	56
Anlage 16 Erklärung Wettbewerbsbeeinträchtigung	57
Eignungskriterien.....	58
Anlagen	59

Allgemeine Informationen zum Verfahren

Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen, den Hinweisen im Vergabeportal sowie bei öffentlichen Verfahren aus der Bekanntmachung.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	293/2026
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Betriebsführung Wasserversorgung
Auftragsbeschreibung	Der Zweckverband Industrie- und Gewerbepark Raum Lahr erwirbt, beplant, erschließt und veräußert die Grundstücke auf dem Verbandsgebiet, um attraktive Industrie- und Gewerbegebiete zu entwickeln und damit letztlich die wirtschaftliche Dynamik in der Raumschaft zu stärken. In diesem Zusammenhang wurde dem Zweckverband von der Stadt Lahr/Schwarzwald und der Gemeinde Friesenheim mittlerweile die Aufgabe der öffentlichen Wasserversorgung für das Verbandsgebiet übertragen. Hierdurch soll insbesondere ein einheitlicher Wasserpreis für das gesamte Verbandsgebiet, das sich sowohl auf der Gemarkung der Stadt Lahr/Schwarzwald als auch auf der Gemarkung der Gemeinde Friesenheim befindet, erreicht werden. Die ab dem 1. Januar 2027 gültige Wasserversorgungssatzung wird auf der Verbandsversammlung im Dezember 2026 beschlossen. Bislang wurde das Netz im Verbandsgebiet der badenovaNETZE GmbH auf Grundlage einer Konzessionsvereinbarung mit der Stadt Lahr/Schwarzwald betrieben. Im Zuge der Umstrukturierung der Wasserversorgung erwirbt nun der Zweckverband das Netz von der badenovaNETZE GmbH und betreibt dieses als öffentliche Einrichtung. Zugleich soll die Betreuung des Netzes weiterhin durch einen externen Dienstleister erfolgen. Die badenovaNetze GmbH bleibt Vorlieferant der Wasserversorgung. Der Zweckverband ist Weiterverteiler im Netz des Zweckverbandes. Mit dem Vergabeverfahren soll ein geeignetes und leistungsfähiges Unternehmen gefunden und beauftragt werden, der die Leistungen der kaufmännischen und technischen Betriebsführung für die öffentliche Wasserversorgung als Dienstleister vollständig übernimmt und abwickelt. Geschuldet sind somit die sich aus dem Betriebsführungsvertrag ergebenden Leistungen.

VERFAHREN

Auftraggeber	Zweckverband Industrie- und Gewerbepark Raum Lahr (IGP) bei der Stadt Lahr
Auftraggebertyp	
Liefer-/Ausführungsort	77933Lahr/Schwarzwald
Leistungsart	Dienstleistung
Vergabeart	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU)(Sektorenverordnung)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein						
Art der losweisen Vergabe							
Zuschlagskriterium	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung Gewichtung: 40%: 60%						
Klassifizierungen	<table> <tr> <th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr> <tr> <td>65111000-4</td><td>Trinkwasserversorgung</td></tr> <tr> <td>65130000-3</td><td>Betrieb von Wasserversorgungsunternehmen</td></tr> </table>	Code	Bezeichnung	65111000-4	Trinkwasserversorgung	65130000-3	Betrieb von Wasserversorgungsunternehmen
Code	Bezeichnung						
65111000-4	Trinkwasserversorgung						
65130000-3	Betrieb von Wasserversorgungsunternehmen						

ANGEBOTE

Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	https://portal.deutsche-e-vergabe.de
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	< Keine Angabe >
-------------	------------------

Auf-/Abgebotsverfahren	Standard
------------------------	----------

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Bekanntmachung
Vorinformation

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Frist Bieterfragen	09.09.2026 12:00
Eröffnungstermin (nur VOB)	
Angebotsfrist	
Bindefrist	
Versand Vorabinformation	

AUFTRAGSDAUER

Beginn	01.01.2027
Ende	31.12.2032
Anmerkungen	Der Vertrag verlängert sich zwei mal automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, wenn er nicht spätestens zum 30.06. des laufenden Jahres auf das Ende des darauffolgenden Jahres gekündigt wird. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Der Vertrag endet spätestens zum 31.12.2034

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

I. Teilnahme am Verfahren / Vergabeunterlagen

Der Bezug der Vergabeunterlagen erfolgt ausschließlich über das Vergabeportal unter <https://portal.deutsche-evergabe.de> oder unter nachfolgendem Direktlink <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe/bieter/eva/supplierportal/portal/subproject/e6595e7c-d572-45d6-a452-f698ec-a2f408/details>.

Bevor Sie die Vergabeunterlagen bearbeiten, empfehlen wir Ihnen, sich als Unternehmen auf dem Vergabeportal kostenfrei zu registrieren bzw. sich mit der bereits bestehenden Kennung anzumelden. Wählen Sie dann im Projekt den Button "am Verfahren teilnehmen". Nur so ist gewährleistet, dass Sie evtl. ergänzende Informationen zum laufenden Verfahren über Bewerberfragen/-antworten oder Änderungen der Vergabeunterlagen über eine sog. "Verfahrenskorrektur" per E-Mail erhalten, die bei der Angebotserstellung noch zu berücksichtigen wären.

Die Kommunikation erfolgt bis zur Angebotsöffnung elektronisch über die Vergabeplattform und danach ggf. Nachforderungen in Textform (z.B. per Mail). Auskünfte und Informationen zum laufenden Verfahren werden stets an die E-Mail-Adresse versandt, die Sie bei der Registrierung im Vergabeportal hinterlegt haben. Wir empfehlen Ihnen daher eine Registrierung mit einer zentralen E-Mail-Adresse bzw. Vertretungsberechtigung einzurichten.

Bei Fragen zur Bedienung des Vergabeportals können Sie sich gerne an die technische Hotline der Deutschen eVergabe wenden. Per E-Mail an: support@deutsche-evergabe.de oder telefonisch unter +49 (0)611/949106-83 (Mo-Fr von 09:00 - 17:00 Uhr).

II. Abgabe der Angebote

Die Angebotsabgabe kann ausschließlich elektronisch über das Vergabeportal erfolgen. Hierzu ist eine kostenfreie Registrierung auf dem Vergabeportal erforderlich bzw. eine Anmeldung mit der bereits vorhandenen Kennung.

Eine Angebotsabgabe in Papierform, per E-Mail oder Fax ist nach den Vergabebestimmungen nicht zulässig.

Um das Angebot elektronisch einreichen zu können müssen alle Preis und Texteingenschafts-/Bieterfelder bearbeitet sein. Insbesondere bei der Bearbeitung des Leistungsverzeichnisses mit einer eigenen Systemsoftware über das GAEB-Format ist darauf zu achten, dass beim Import auf das Vergabeportal alle Preis und Texteingenschafts-/Bieterfelder eine Eintragung vorweisen. Bitte beachten Sie beim erstellen der GAEB-Datei, dass GAEB die Übertragung von Eintragungen in Texteingenschaft-/Bieterfelder erst ab dem GAEB 2000 Format unterstützt.

Das Angebot wird in Textform nach § 126b BGB unterschrieben. Hierfür ist der Name der erklärenden Person (Vor- und Nachname) oder der Name des Unternehmens im Angebotsassistenten unter dem Schritt "Angebot einreichen" im dafür vorgesehenen Feld bereits vorgelegt und kann bei Bedarf geändert werden.

Die Integrität der Daten und die Vertraulichkeit der Angebote sind bei der elektronischen Angebotsabgabe durch technische Vorrichtungen und durch Verschlüsselung sichergestellt. Die elektronischen Angebote werden dabei verschlüsselt gespeichert, mit einem elektronischen Eingangsstempel versehen und können technisch von niemandem bis zum Ablauf der Angebotsfrist eingesehen werden.

Im Falle einer erforderlichen Änderung des Angebots nach bereits erfolgter Angebotsabgabe kann das Angebot bis zum Ablauf der Angebotsfrist zurückgezogen oder geändert werden. Das Angebot ist nach den Änderungen erneut abzugeben. Änderungen oder Informationen, die im Angebot nicht berücksichtigt wurden, können zum Ausschluss des Angebots führen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 09.09.2026 12:00 Uhr eingegangen sein.
Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.
Bieterfragen müssen über die Bieterkommunikation in der eVergabe unter <https://portal.deutsche-vergabe.de> gestellt werden.

Zweckverband IGP Raum Lahr

Vergabeunterlagen Teilnahmewettbewerb

„Betriebsführung Wasserversorgung“

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach SektVO

A. Verfahrensinformationen

I. Allgemeine Hinweise

1. Auftraggeber

Zweckverband IGP Raum Lahr,
hier handelnd durch den Eigenbetrieb Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung,
– vertreten durch den Verbandsvorsitzenden Markus Ibert –
Europastraße 1, 77933 Lahr

<https://www.startklahr.biz/de/zweckverband-igp>

NUTS-CODE DE134

Die Vorgaben zur Kommunikation gem. **Ziff. A.7.** sind zwingend zu beachten.

2. Auftragsgegenstand, Zweck des Verfahrens

Der Zweckverband Industrie- und Gewerbepark Raum Lahr erwirbt, beplant, erschließt und veräußert die Grundstücke auf dem Verbandsgebiet, um attraktive Industrie- und Gewerbegebiete zu entwickeln und damit letztlich die wirtschaftliche Dynamik in der Raumschaft zu stärken.

In diesem Zusammenhang wurde dem Zweckverband von der Stadt Lahr/Schwarzwald und der Gemeinde Friesenheim mittlerweile die Aufgabe der öffentlichen Wasserversorgung für das Verbandsgebiet übertragen. Hierdurch soll insbesondere ein einheitlicher Wasserpreis für das gesamte Verbandsgebiet, das sich sowohl auf der Gemarkung der Stadt Lahr/Schwarzwald als auch auf der Gemarkung der Gemeinde Friesenheim befindet, erreicht werden.

Die ab dem 1. Januar 2027 gültige Wasserversorgungssatzung wird auf der Verbandsversammlung im Dezember 2026 beschlossen.

Bislang wurde das Netz im Verbandsgebiet der badenovaNETZE GmbH auf Grundlage einer Konzessionsvereinbarung mit der Stadt Lahr/Schwarzwald betrieben. Im Zuge der Umstrukturierung der Wasserversorgung erwirbt nun der Zweckverband das Netz von der badenovaNETZE GmbH und betreibt dieses als öffentliche Einrichtung. Zugleich soll die Betreuung des Netzes weiterhin durch einen externen Dienstleister erfolgen.

Die badenovaNetze GmbH bleibt Vorlieferant der Wasserversorgung. Der Zweckverband ist Weiterverteiler im Netz des Zweckverbandes.

Mit dem Vergabeverfahren soll ein geeignetes und leistungsfähiges Unternehmen gefunden und beauftragt werden, der die Leistungen der kaufmännischen und technischen Betriebsführung für die öffentliche Wasserversorgung als Dienstleister vollständig übernimmt und abwickelt. Geschuldet sind somit die sich aus dem Betriebsführungsvertrag ergebenden Leistungen.

Die konkrete Leistungsbeschreibung ergibt sich aus dem Betriebsführungsvertrag und dessen Anlagen.

3. Lose

Der Auftrag ist nicht in Lose aufgeteilt.

4. Art des Vergabeverfahrens

Die Auftragsvergabe erfolgt im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb, §§ 13, 15 SektVO.

5. Vertraulichkeitserklärung

Zwingende Voraussetzung für den Erhalt der Vergabeunterlagen und die Teilnahme am Vergabeverfahren ist die Abgabe der Vertraulichkeitserklärung. Das gilt auch für beabsichtigte eignungsvermittelnde Unternehmen oder Nachunternehmer.

6. Ablauf des Verfahrens

Im Rahmen der gewählten Vergabeverfahrensart wird eine unbeschränkte Anzahl an Unternehmen öffentlich zur Abgabe eines Teilnahmeantrags aufgefordert. Anhand der mit dem Teilnahmeantrag einzureichenden Angaben und Unterlagen prüft der Auftraggeber die Eignung und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen der teilnehmenden Unternehmen.

Der Auftraggeber fordert die geeigneten Teilnehmer zur Abgabe eines Erstangebots auf.

Der Auftraggeber prüft und wertet die eingegangenen Angebote anhand der Zuschlagskriterien und entscheidet, ob er den Zuschlag auf das bestplatzierte Erstangebot erteilt, ob er in Verhandlungen mit den Bietern mit dem Ziel eintritt, die Angebote zu verbessern oder ob er das Verfahren anderweitig beendet.

Sofern der Auftraggeber in Verhandlungen eintritt fordert der Auftraggeber nach Abschluss der Verhandlungen die Bieter zur Vorlage eines Endangebots auf.

Der Auftraggeber prüft und wertet die eingegangenen Angebote und entscheidet über die Erteilung des Zuschlags oder die sonstige Beendigung des Vergabeverfahrens.

7. Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt ausschließlich mit Hilfe elektronischer Mittel soweit diese die Vergabeunterlagen und die Angebote betreffen.

Die Kommunikation erfolgt dazu ausschließlich über die Vergabeplattform:

Deutsche eVergabe

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Kommunikation auch etwaige Bieterfragen (Ziff. 9) umfasst. Der vorgegebene Kommunikationsweg ist einzuhalten.

8. Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen sind unter der Internetadresse

<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/e6595e7c-d572-45d6-a452-f698eca2f408>

gem. § 41 SektVO elektronisch abrufbar.

9. Zugang zu den Vergabeunterlagen, Registrierung bei Teilnahme, Abrufung von Informationen, Beachtung von Systemanforderungen, Verantwortlichkeiten, Zugang von Informationen

9.1 Für den Zugang zur Auftragsbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen ist keine Registrierung erforderlich, die Unternehmen können sich jedoch freiwillig registrieren, § 9 Abs. 4 Satz 2 SektVO.

9.2 Der Bewerber/Bieter ist für die Abrufung der bereitgestellten zusätzlichen Informationen (z.B. Antworten auf Bewerber-/Bieterfragen), die sich aus dem Vergabeverfahren ergeben, eigenständig verantwortlich. Eine gesonderte Bekanntmachung erfolgt – soweit nicht gesetzlich oder im Rahmen der Vergabeverfahrensordnungen vorgeschrieben – nicht mehr.

9.3 Der Bewerber/Bieter ist für die Eignung der von ihm verwendeten technischen Mittel für die elektronische Kommunikation, insbesondere für die Nutzung der Vergabeplattform verantwortlich.

9.4 Der Bewerber/Bieter ist für den rechtzeitigen, vollständigen und fristgemäßen Zugang seiner Erklärungen verantwortlich. Der Bewerber/Bieter trägt damit grundsätzlich das

Übermittlungsrisiko, es sei denn, dass der Bewerber/Bieter die unvollständige oder verspätete Übermittlung nicht zu vertreten hat. Der Nachweis obliegt dem Bewerber/Bieter.

- 9.5** Der Bewerber/Bieter hat die technischen Hinweise des Vergabeplattformbetreibers zu beachten, zu berücksichtigen und einzuhalten.
- 9.6** Der Bewerber/Bieter wird darauf hingewiesen, dass die maximale Dateimege des Angebots 200 MB beträgt.
- 9.7** Der Bewerber/Bieter hat die Systemvoraussetzungen für die ordnungsgemäße Verwendung der Vergabeplattform, insbesondere der Down- und Uploadfunktionen und der sonstigen Anwendungen der verwendeten Vergabeplattform zu beachten und einzuhalten.
- 9.8** Der Bewerber/Bieter hat sich rechtzeitig vor Abgabe des Teilnahmeantrags/ der Angebotsabgabe zu vergewissern, dass eine von Seiten des Bewerbers/Bieters ungestörte Übermittlung der Erklärungen möglich ist, dazu gehört u.a. die Beachtung der Vorgaben zur Beschränkung der maximalen Gesamtdatmenge und der Folgen bei einer Überschreitung sowie der rechtzeitige Beginn mit der Übermittlung.
- 9.9** Bei Abgabe des Teilnahmeantrags bzw. der Angebotsabgabe ist zwingend eine Registrierung über das Vergabeportal der Deutschen eVergabe erforderlich. Für die Rechtzeitigkeit der Registrierung, die Nutzung der Software etc. ist der Bewerber/Bieter verantwortlich.
- 9.10** Mitteilungen an den Bewerber/Bieter (einschließlich Mitteilungen nach § 134 GWB) werden über das Bewerber-/Bieterpostfach der Vergabeplattform bereitgestellt. Das Bewerber-/Bieterpostfach der Vergabeplattform hat die Funktion eines (elektronischen) Briefkastens. Mit Bereitstellung der Mitteilung im Bewerber-/Bieterpostfach auf der Vergabeplattform gehen die Mitteilungen dem Bewerber/Bieter zu. Der Bewerber/Bieter ist für die Kontrolle des Bewerber-/Bieterpostachs der Vergabeplattform eigenverantwortlich zuständig. Der Bewerber/Bieter hat unabhängig vom Zugang zusätzlicher Nachrichten über einen Posteingang im Bewerber-/Bieterpostfach dieses selbständig auf das Vorhandensein von Mitteilungen zu kontrollieren.

10. Bewerber-/Bieterfragen

10.1 Bewerber-/Bieterfragen

Fragen in Bezug auf die Vergabeunterlagen, die Erstellung der Teilnahmeanträge und die Angebotserstellung etc. sollen die Bewerber/Bieter bis spätestens sechs Kalendertage vor dem Ablauf der Teilnahmefrist bzw. Angebotsfrist an die Vergabestelle über die Vergabeplattform mit dem Betreff „Bewerberfragen“ bzw. „Bieterfragen“ richten.

Der in **Ziff. 6** vorgegebene Kommunikationsweg ist einzuhalten.

10.2 Beantwortung der Bewerber-/Bieterfragen

Die Beantwortung der rechtzeitig gestellten Bewerber-/Bieterfragen erfolgt anonymisiert über die Vergabeplattform spätestens bis zum 09.09.2026 um 12 Uhr.

Eine gesonderte Information des Bewerbers/Bieters außerhalb der verbindlichen Kommunikationswege erfolgt nicht.

11. Verfahrensfristen

11.1 Verfahrensfristen

Es gelten gem. § 15 SektVO folgende Verfahrensfristen:

Teilnahmefrist	15.09.2026, 10:30 Uhr
Prüfung der Teilnahmeanträge, gegebenenfalls Nachforderung und Aufklärung, Auswahl der Bewerber voraussichtlich bis	28.09.2026
Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebots voraussichtlich am	29.09.2026
Angebotsfrist	15.10.2026
Prüfung und Wertung der Angebote, gegebenenfalls Nachforderung und Aufklärung voraussichtlich bis	29.10.2026
Verhandlungsphase voraussichtlich bis	05.11.2026
Aufforderung zur Abgabe eines Endangebots voraussichtlich am	09.11.2026
Entscheidung über den Zuschlag voraussichtlich	11.11.2026
Bieterinformation gem. § 134 GWB voraussichtlich	13.11.2026
Zuschlagserteilung voraussichtlich am	27.11.2026

11.2 Bindefrist

Die Erstangebote müssen gültig sein bis (Bindefrist)	27.11.2026
--	-------------------

Für die Folgeangebote bestimmt der Auftraggeber die Bindefrist.

12. Form der Angebote

- 12.1** Die Angebote sind in Textform gem. § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel **ausschließlich** über die auf der Vergabeplattform **Deutsche eVergabe** einzureichen.
- 12.2** **Eine von der vorgegebenen Übermittlung abweichende Art der Übermittlung, wie z.B. per Post, einfacher E-Mail oder in sonstiger Weise an die Vergabestelle führt zum Ausschluss.**
- 12.3** Soweit der Auftraggeber Formulare vorgibt sind diese zu verwenden.
- 12.4** Die Angebote müssen vollständig sein und alle geforderten Angaben und Erklärungen und Preise enthalten.
- 12.5** Die Angebote einschließlich Anlagen und Erklärungen sind in deutscher Sprache zu verfassen und zu übermitteln.
- 12.6** Eine Änderung des Inhalts der Angebote darf nicht möglich sein.
- 12.7** Die Bewerber/Bieter haben die Systemanforderungen der verwendeten Vergabeplattform zu beachten. Das gilt insbesondere für etwaige Dateimengenbeschränkungen. Auf vorstehende **Ziff. 9.** wird hingewiesen.
- 12.8** Angebote, die den formellen Anforderungen nicht entsprechen, werden – vorbehaltlich möglicher Heilungsvorschriften – grundsätzlich ausgeschlossen.
- 12.9** Im Übrigen wird auf **Ziff. 9.** verwiesen.

13. Änderungen an den Vergabeunterlagen

Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig und führen zum Ausschluss.

14. Öffnung der Teilnahmeanträge und Angebote

Die Öffnung der Teilnahmeanträge und Angebote erfolgt unverzüglich nach Ablauf der Teilnahmefrist bzw. der Angebotsfrist gem. den Vorgaben der Verfahrensordnung. Bewerber/Bieter sind zur Öffnung der Teilnahmeanträge bzw. der Angebotsöffnung nicht zugelassen.

15. Nachforderung von Unterlagen

-
- 15.1** Der Auftraggeber behält sich – soweit nicht ausdrücklich anders erwähnt – im Rahmen des rechtlich zulässigen das Nachfordern von Unterlagen vor.
- 15.2** Fehlende, jedoch geforderte Erklärungen oder Nachweise wird der Auftraggeber nach Maßgabe des § 51 SektVO nachverlangen, soweit das Angebot nicht bereits aus anderen Gründen auszuschließen ist.
- 15.3** **Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass körperlich vorhandene, aber inhaltlich fehlerhafte Erklärungen (z.B. nicht genügende Referenz, nicht genügende Versicherungsbestätigung) nicht nachgefordert werden. Der Bewerber/Bieter ist für die inhaltliche Richtigkeit seiner Angaben selbst verantwortlich.**
- 15.4** Fordert der Auftraggeber Unterlagen vom Bewerber/Bieter nach so sind diese Unterlagen innerhalb der vom Auftraggeber, nach dem Kalender bestimmten angemessenen Frist, über die Vergabeplattform vorzulegen, § 51 Abs. 4 SektVO. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit ist der vollständige Upload auf der Vergabeplattform. Gehen die nachgeforderten Unterlagen nicht rechtzeitig ein ist das Angebot auszuschließen.
- 16. Auswahl der Bewerber**
- Die Auswahl erfolgt gem. § 45 Abs. 3 SektVO anhand der bekanntgemachten Kriterien.
- 17. Zuschlag auf das Erstangebot**
- Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag auf das Erstangebot zu erteilen, ohne in Verhandlungen einzutreten.
- 18. Zuschlagsentscheidung**
- Der Zuschlag wird auf das nach Angebotswertung erstplatzierte Angebot erteilt, sofern keine Aufhebung des Verfahrens erfolgt oder das Verfahren aus sonstigen Gründen ohne Zuschlag endet.
- 19. Unterrichtung der Bewerber/Bieter**
- Die Bewerber/Bieter werden entsprechend den gesetzlichen Vorgaben bzw. den Vorgaben aus der Verfahrensordnung unterrichtet.
- 20. Aufhebung des Vergabeverfahrens**
- Der Auftraggeber behält sich die Aufhebung des Vergabeverfahrens vor, insbesondere
- bei Vorliegen der Voraussetzungen gem. § 57 SektVO
-

- bei Aufgabe der Beschaffungsabsicht
- wenn weniger als drei Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert werden können
- wenn weniger als drei Erstangebote eingehen, obwohl mindestens drei Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert wurden
- bei wesentlicher Änderung der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse
- bei anderen schwerwiegenden Gründen.

21. Vermeidung von Interessenskonflikten

Die Bewerber/Bieter haben unverzüglich die Umstände aus ihrem Geschäftsbereich offenzulegen, die die Annahme eines Interessenkonflikts im Sinne von § 6 SektVO begründen können.

Verletzt der Bewerber/Bieter schuldhaft seine Verpflichtung haftet der Bewerber/Bieter für den, dem Auftraggeber daraus entstehenden Schaden.

22. Rüge- und Hinweispflicht

Enthalten die Bekanntmachung oder die Vergabeunterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bewebers/Bieters gegen geltendes Recht so hat der Bewerber/Bieter den Auftraggeber unverzüglich im Rahmen der zugelassenen Kommunikationswege darauf hinzuweisen.

Bei schuldhafter Unterlassung von Hinweisen oder Rügen können Schadenersatzansprüche des Auftraggebers entstehen.

Im Übrigen gelten die gesetzlichen Regelungen bzw. die Regelungen der jeweiligen Vergabeordnungen.

23. Vergabenachprüfung

23.1 Zulässigkeit eines Vergabenachprüfungsantrags

Es wird auf §§ 155 ff. GWB und insbesondere auf das grundsätzliche Erfordernis einer vorherigen Rüge hingewiesen.

Die Bewerber/Bieter werden darauf hingewiesen, dass einer Rüge grundsätzlich nur dann abgeholfen wurden, wenn der Auftraggeber dies ausdrücklich erklärt hat oder dies sich sonst eindeutig aus der Mitteilung des Auftraggebers zur Rüge ergibt.

Der Auftraggeber weist ferner ausdrücklich darauf hin, dass im Fall der Nichtabhilfe einer von einem Bewerber/Bieter erhobenen Rüge ein entsprechender bei der Vergabekammer eingereichter Nachprüfungsantrag unzulässig ist, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang

der Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

§ 160 Einleitung, Antrag

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) ¹Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. ²Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) ¹Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

²Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. ³§ 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Auf das Hinweisblatt der Vergabekammer Baden-Württemberg, abrufbar unter

https://rp.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/RP-Internet/Karlsruhe/Abteilung_1/Referat_15/_DocumentLibraries/Documents/15_vk_merkblatt.pdf

wird hingewiesen.

23.2 Zuständige Stelle für Rechtsbehelf- und Nachprüfungsverfahren ist die:

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift:

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe
76247 Karlsruhe

Hausanschrift:

Kapellenstraße 17
76131 Karlsruhe
Tel.: +49 (0) 721 926-8730
Fax.: +49 (0) 721 926-3985

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/abt1/ref15/>

24. Datenschutzhinweise

Die Bewerber/Bieter erklären sich mit der Abgabe des Angebots einverstanden, dass die von ihnen übermittelten Informationen und Daten, insbesondere auch personenbezogene Daten, zum Zwecke der Durchführung dieses Vergabeverfahrens von der Vergabestelle elektronisch gespeichert und verarbeitet werden.

Auf die beigegefügte Information „Datenschutz“ wird verwiesen.

II. Teilnahmeberechtigung, Bewerber/Bietergemeinschaften, Anforderungen an die Bewerber/Bieter

1. Teilnahmeberechtigung

Teilnahmeberechtigt sind alle interessierten Unternehmen.

2. Anforderungen an die Bewerber/Bieter

2.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (ANLAGE 1)

Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung wird zusätzlich die Vorlage folgender aktueller Unterlagen verlangt:

- **Eigenerklärung:** Unternehmensdarstellung (Name, Firma, Anschrift, Kommunikationsdaten, Rechtsform, gesetzlicher Vertreter, Ansprechpartner, Leistungsbereiche, Umsatzsteueridentifikationsnummer)
- **Eigenerklärung:** Angaben zur Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft, Mitgliedschaft in gesetzlichen vorgeschriebenen Organisationen wie z.B. IHK., Berufsgenossenschaft
- **Eigenerklärung Registerinformation:**
 - Angabe über die Eintragung in ein Berufsregister (HRA, HRB): Registergericht und Registernummer.

Soweit der Abruf der Registerinformationen nicht kostenfrei erfolgen kann ist ein Registrauszug vorzulegen, der den aktuellen Eintragungsumfang wiedergibt.

Bewerber/Bieter, die ihren Sitz nicht innerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben, haben vergleichbare Nachweise zu erbringen. Die Nachweise sind als amtliche Übersetzungen in deutscher Sprache vorzulegen.

Bewerber/Bieter, die aus Rechtsgründen nicht über vorgenannte Unterlagen bzw. Erklärungen verfügen (z.B. mangels Eintragungspflicht), haben vergleichbare Nachweise zur Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung vorzulegen und/oder durch eine **Eigenerklärung** zu erklären, dass entsprechende Eintragungspflichten nicht bestehen.

Bewerber-/Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft zu erbringen.

2.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit werden folgende Erklärungen und Unterlagen verlangt:

2.2.1 Haftpflichtversicherung (ANLAGE 2)

- **Nachweis** einer für die Dauer des Vertrages bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung einschließlich Umweltschäden mit einer Deckungssumme je Versicherungsfall
 - für Personen- und Sachschäden einschließlich Umweltschäden mindestens i.H.v. je 10 Mio. EUR,
 - für Vermögensschäden mindestens i.H.v. 1 Mio. EUR

je zweifach maximiert

durch

- Vorlage Kopie Versicherungsschein oder
- Vorlage einer Versicherungsbestätigung, dass im Falle der Zuschlagserteilung ein entsprechender Versicherungsschutz unbedingt gewährt wird.

Hinweis:

Eine Eigenerklärung ist nicht ausreichend. Es sind neben der Anlage 2 die benannten Versicherungserklärungen zusätzlich vorzulegen.

Eine Versicherungsbestätigung ist nicht unbedingt, wenn sie Einschränkungen wie z.B. „vorbehaltlich der Beitragseinigung“ oder vergl. beinhaltet. Eine solche Versicherungsbestätigung ist – nicht – ausreichend und wird nicht nachgefordert.

Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass alle Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind.

Bewerber/Bieter, die ihren Sitz nicht innerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben, haben vergleichbare Nachweise zu erbringen. Die Nachweise sind als amtliche Übersetzungen in deutscher Sprache vorzulegen.

Bewerber-/Bietergemeinschaften können den Nachweis über die Haftpflichtversicherung entweder für jedes Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft oder für die Bewerber-/Bietergemeinschaft erbracht werden (Nachweis der Haftung der Bewerber-/Bietergemeinschaft).

2.2.2 Spezifischer Umsatz (ANLAGE 3)

- **Eigenerklärung** über den durchschnittlichen Netto-Jahresumsatz der letzten 3 Jahre im Bereich der technischen und kaufmännischen Betriebsführung (DVWG W 1000 oder vergleichbar)

Mindestens 100.000 EUR durchschnittlicher Netto-Jahresumsatz

2.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit werden folgende Erklärungen und Unterlagen verlangt:

2.3.1 Mitarbeiter (ANLAGE 4)

- **Eigenerklärung** zur Anzahl der in den letzten drei Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten fachspezifischen Mitarbeiter (ohne Hilfskräfte) im Bereich technische/kaufmännische Betriebsführung mit Qualifikation:

- **Fachkraft für Wasserversorgungstechnik / Anlagenmechaniker Rohrsystemtechnik**
- **Verteilnetztechniker**
- **Netzmeister**
- **Wassermeister**
- **Ingenieur**
- **Kaufmännische Fachkraft**

Die Mitarbeiterzahl muss mindestens:

- **Fachkraft für Wasserversorgungstechnik Anlagenmechaniker Rohrsystemtechnik**
→ mind. 3
- **Netzmeister oder Wassermeister** → mind. 1
- **Kaufmännische Fachkraft** → mind. 1

betragen.

Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften ist die Erklärung für jeden Bewerber/Bieter gesondert vorzulegen. Die Angaben zur Mitarbeitendenzahl sind zusammengefügt darzustellen. Die Mitarbeiterzahl eines einzelnen an der Bewerber-/Bietergemeinschaft beteiligten Unternehmen, kann unter der geforderten Mindestmitarbeiterzahl liegen. Die Mindestmitarbeiterzahl, die der Bewerber-/Bietergemeinschaft insgesamt zur Verfügung steht, muss **mindestens 5** in Vollzeitäquivalenz betragen. Die Verfügbarkeit für die Auftragsdurchführung ist zu versichern.

2.3.2 Unternehmensbezogene Referenzen (ANLAGE 5)

- **Eigenerklärung** über die Erbringung von vergleichbaren Leistungen

Mindestens **3** Referenzen des Unternehmens über vergleichbare Leistungen (kaufmännische und technische Betriebsführung Wasserversorgung nach DVWG W 1000 oder vergleichbar) aus den letzten 6 Jahren

Referenzliste

Die Angaben sind in einer Referenzliste aufzuführen.

In der Referenzliste sind zu benennen:

- Auftraggeber
- Ansprechpartner mit Kontaktdaten,
- Größe des betreuten Wasserversorgungsunternehmens
- Leistungsumfang,
- Leistungszeitraum

Der Auftraggeber behält sich vor, eine Bestätigung des Referenzgebers einzufordern.

Bewerber/Bieter, die ihren Sitz nicht innerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben, haben vergleichbare Nachweise zu erbringen.

Nicht deutschsprachige Nachweise sind in als amtliche Übersetzungen in deutscher Sprache vorzulegen.

Bewerber-/Bietergemeinschaften haben die Nachweise in Summe für die Bewerber-/Bietergemeinschaft zu erbringen.

2.3.3 Fachkräftebezogene Referenzen (ANLAGE 5)

- **Eigenerklärung** über die Erbringung von vergleichbaren Leistungen

Mindestens **3** Referenzen der technischen Führungskraft (Netzmeister, Wassermeister nach DVWG W 1000 oder vergleichbar) über vergleichbare Leistungen (technische Betriebsführung Wasserversorgung) aus den letzten 6 Jahre.

Referenzliste

Die Angaben sind in einer Referenzliste aufzuführen.

In der Referenzliste sind zu benennen:

- Auftraggeber
- Ansprechpartner mit Kontaktdaten,
- Größe des betreuten Wasserversorgungsunternehmens
- Leistungsumfang,
- Leistungszeitraum

Der Auftraggeber behält sich vor, eine Bestätigung des Referenzgebers einzufordern.

2.4 Nichtvorliegen von Ausschlussgründen, Selbstreinigung

2.4.1 Der Bewerber/Bieter hat in diesem Zusammenhang folgende Erklärung abzugeben:

- **Eigenerklärung** sich zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123 und 124 GWB (**ANLAGE 6**)
- **Eigenerklärung** über das Nichtvorliegen von Eintragungen im Gewerbezentralregister (**ANLAGE 7**)
- **Eigenerklärung Russlandsanktionen (ANLAGE 8)**

Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

2.4.2 Liegen Ausschlussgründe gem. §§ 123, 134 GWB oder Eintragungen im Gewerbezentralregister vor sind vom Bewerber/Bieter oder betroffenen Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft die notwendigen Angaben für die Prüfung des Ausschlusses oder einer Vergabesperre gem. § 126 GWB zu machen. Dazu gehören bei Ausschlussgründen gem. § 123 GWB die Benennung des Datums der Rechtskraft der Verurteilung und bei Ausschlussgründen gem. § 124 GWB die Benennung des den Ausschluss begründenden Ereignisses.

2.4.3 Zur Prüfung der Voraussetzungen des Vorliegens eines Ausschlussgrundes gem. § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB (Ausschluss wegen mangelhafter Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags verbunden mit vertraglichen Konsequenzen) hat der Bewerber/Bieter, die Bewerber-/Bietergemeinschaft bzw. das betroffene Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft sich ausdrücklich darüber zu erklären, ob innerhalb der letzten drei Jahre vor Ablauf der Angebotsfrist der Auftraggeber eines öffentlichen Auftrags

- die Kündigung des Auftrags erklärt hat,
- Schadenersatz verlangt hat und/oder
- vergleichbare Rechte (z.B. Minderung der Vergütung, Vertragsstrafe, etc.) geltend gemacht hat.

Soweit das der Fall ist hat der Bewerber/Bieter, die Bewerber-/Bietergemeinschaft bzw. das betroffene Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft ergänzend anzugeben:

- Name und Anschrift/Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers,
- Vom Auftraggeber angegebener Grund für die Kündigung oder sonstige Rechtsfolge (Schadenersatz oder vergleichbare Rechte)
- Datum des behaupteten Pflichtverstoßes, der Kündigung oder der Geltendmachung der sonstigen Rechtsfolgen
- welche Selbstreinigungsmaßnahmen wurden in Bezug auf die darzustellenden Umstände vorgenommen

Es wird bereits jetzt darauf hingewiesen, dass diese Erklärung als Anhörung vor einem potentiellen Ausschluss dient.

Die Angaben müssen vollständig und zutreffend sein. Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben beim jeweiligen Auftraggeber zu verifizieren.

Unrichtige Angaben können gegebenenfalls auch als schwerwiegende Täuschung über das Vorliegen von Ausschlussgründen oder als Zurückhalten von Auskünften im Sinne von § 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB oder als unzulässige Beeinflussung der Entscheidungsfindung des Auftraggebers oder als vorsätzliche oder fahrlässige Übermittlung irreführender Informationen, die die Vergabeentscheidung erheblich beeinflussen können im Sinne von § 124 Abs. 1 Nr. 9 a) bzw. c) GWB gewertet werden und entsprechend zum Ausschluss führen.

- 2.4.4** Soweit der Bewerber/Bieter oder das betroffene Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft infolge des Vorliegens von Ausschlussgründen Selbstreinigungsmaßnahmen gem. § 125 GWB vorgenommen hat sind diese umfassend darzulegen, so dass der Auftraggeber die Rechtsfolgen bezüglich der darlegten Selbstreinigung beurteilen kann. **(ANLAGE 9)**

Bei einem Ausschlussgrund gem. § 123 Abs. 4 GWB sind durch den Bewerber/Bieter die Voraussetzungen des § 123 Abs. 4 Satz 2 GWB (erfolgte vollständige Zahlung oder Verpflichtung zur Zahlung) nachzuweisen.

2.5 Sonstige Erklärungen

2.5.1 Die Bewerber/Bieter haben die

- **Verpflichtungserklärung LTMG (ANLAGE 10)**

mit dem Angebot abzugeben.

Bewerber-/Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft zu erbringen.

2.6 Eignungsleihe (§ 47 SektVO)

2.6.1 Die Eignungsleihe ist für folgende Bereiche ausgeschlossen, § 47 Abs. 5 SektVO:

- **Referenzen für Betriebsführung**
- **Referenzen für Fachkräfte**

2.6.2 Will sich der Bewerber/Bieter im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten anderer Unternehmen stützen ist dies nur zulässig, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber/Bieter und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. Ein Bewerber/Bieter kann jedoch im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. Dies gilt auch nur, soweit eine Eignungsleihe nicht ausgeschlossen ist.

2.6.3 Stützt der Bewerber/Bieter sich zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf andere Unternehmen (Eignungsleihe) haftet der Bewerber/Bieter gemeinsam mit dem Unternehmen, auf das er sich stützt, für die Auftragsausführung im Umfang der Eignungsleihe, § 47 Abs. 3 SektVO.

2.6.4 Der Bewerber/Bieter hat die Eignung des für die Eignungsleihe herangezogenen Unternehmens für den in Bezug genommenen Eignungsanteil nachzuweisen. Auf § 47 Abs. 2 SektVO wird hingewiesen.

2.6.5 Im Fall der Eignungsleihe hat der Bewerber/Bieter **(ANLAGE 11)**

- Art und Umfang der in Anspruch genommenen Kapazitäten anderer Unternehmen zu benennen,
 - das jeweils dafür vorgesehene Unternehmen zu benennen (Namen, gesetzlicher Vertreter und Kontaktdaten).
 - die Eignung des die Kapazitäten stellenden Unternehmens für den Umfang der Eignungsleihe nachzuweisen
 - den Nachweis zu erbringen, dass auf das die Kapazitäten stellendes Unternehmen kein Ausschlussgrund nach §§ 123, 124 GWB zutrifft (Eigenerklärungen des entleihenden Unternehmens Ausschlussgründe).
 - den Nachweis zu erbringen, dass kein Ausschlussgrund gem. Russlandsanktionen vorliegt (Eigenerklärungen des entleihenden Unternehmens Russlandsanktionen).
-

- für den Fall der Eignungslleihe bei wirtschaftlicher und finanzieller Leistungsfähigkeit: Haftungserklärung (**ANLAGE 12**)
- nachzuweisen, dass dem Bewerber/Bieter die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen für den Auftragsfall zur Verfügung stehen (Verpflichtungserklärung des die Eignung vermittelnden Unternehmens) (**ANLAGE 12**).
- weitere, noch zu benennende Eignungsnachweise in Bezug auf das entleihende Unternehmen vorzulegen.

2.7 Nachunternehmer/Unteraufträge (§ 34 SektVO)

2.7.1 Die Bewerber/Bieter haben mit der **Angebotsabgabe** die Teile, die sie im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben beabsichtigen (Nachunternehmereinsatz) zu benennen.

2.7.2 Im Fall des Nachunternehmereinsatzes hat der Bewerber/Bieter **mit dem Angebot (ANLAGE 13, 14)**

- Art und Umfang der durch den Nachunternehmer auszuführenden Leistungen anzugeben,
- die jeweils dafür vorgesehenen Nachunternehmer zu benennen (Namen, gesetzlicher Vertreter und Kontaktdaten).
- für alle Nachunternehmer die Nachweise zu erbringen, dass auf diese kein Ausschlussgrund nach §§ 123, 124 GWB zutrifft (Eigenerklärungen der Nachunternehmer).
- den Nachweis zu erbringen, dass kein Ausschlussgrund gem. Russlandsanktionen vorliegt (Eigenerklärungen des entleihenden Unternehmens Russlandsanktionen).
- nachzuweisen, dass dem Bieter die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen für den Auftragsfall zur Verfügung stehen (Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers (**ANLAGE 14**).
- Eine Wettbewerbsbeeinträchtigung durch die Tätigkeit als Nachunternehmer für einen weiteren Bieter nicht besteht
- weitere, noch zu benennende Eignungsnachweise in Bezug auf die Nachunternehmer vorzulegen.

2.7.3 Ein Nachunternehmer kann nur dann für mehrere Bewerber/Bieter tätig sein, wenn sichergestellt ist, dass durch die Mehrfachbeteiligung des Nachunternehmers keine Einschränkung des Wettbewerbs erfolgt.

Der Nachunternehmer hat dies gegenüber dem Auftraggeber zu versichern.

Die Erklärung des Nachunternehmers ist mit dem Angebot vorzulegen. (ANLAGE 14)

Für den Fall der Wettbewerbsverzerrung werden die beteiligten Bewerber/Bieter aus dem Verfahren ausgeschlossen.

2.8 Austauschverpflichtung bei Eignungsleihe und Nachunternehmereinsatz

2.8.1 Ein Austausch des Unternehmens, auf das sich der Bewerber/Bieter zum Nachweis der Eignung stützt ist nur aus wichtigem Grund (z.B. Insolvenz des Unternehmers) und nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Die Eignung des ersetzenden Unternehmens ist nachzuweisen. Die Eignung des Bewerbers/Bieters wird erneut geprüft.

2.8.2 Der Bewerber/Bieter hat Unternehmen, auf deren Kapazitäten er sich beruft, innerhalb einer vom Auftraggeber genannten Frist auszutauschen, wenn das Unternehmen, auf dessen Kapazitäten der Bieter sich beruft, die Eignungsanforderungen nicht erfüllt und/oder zwingende oder fakultative Ausschlussgründe vorliegen, § 47 Abs. 2 SektVO.

2.9 Nachprüfung der Erklärungen durch den Auftraggeber

Der Auftraggeber behält sich vor, zur Eignungsprüfung die Angaben des Bewerbers/Bieters weiter aufzuklären und weitergehende Informationen einzuholen. Der Bewerber/Bieter hat jedoch keinen Anspruch hierauf, soweit seine Angaben für weitere Auskünfte oder Aufklärungen ungeeignet sind.

Der Auftraggeber wird gem. § 6 Wettbewerbsregistergesetz seiner Abfrageverpflichtung nachkommen.

3. Bewerber-/Bietergemeinschaften

3.1 Bewerber-/Bietergemeinschaften sind im Rahmen des kartellrechtlich Erlaubten zugelassen.

3.2 Bewerber-/Bietergemeinschaften stehen in diesem Verfahren den Einzelbewerbern/-bieter gleich.

3.3 Die Bewerber-/Bietergemeinschaft hat sich durch eine von allen Mitgliedern der Bewerber-/Bietergemeinschaft abzugebenden Erklärung zu folgenden Punkten zu erklären (**ANLAGE 15**):

- Benennung eines bevollmächtigten und alleinvertretungsberechtigten Vertreters der Bewerber-/Bietergemeinschaft (einschließlich Kontaktdaten)
- Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (GbR) für den Auftragsfall
- Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft für die Auftragsdurchführung

3.4 Das Bilden einer Bewerber-/Bietergemeinschaft nach Ablauf der Angebotsfrist führt zum Ausschluss.

3.5 Eine Änderung der Bewerber-/Bietergemeinschaft nach Ablauf der Angebotsfrist und vor der Zuschlagserteilung führt zum Ausschluss der beteiligten Bewerber/Bieter, wenn durch die Änderung der Wettbewerb beeinträchtigt wird.

3.6 Die Angebotsabgabe im Rahmen einer Bewerber-/Bietergemeinschaft und die gleichzeitige Angebotsabgabe als Bewerber/Bieter oder als Mitglied einer anderen Bewerber-/Bietergemeinschaft sind ausgeschlossen.

In einem solchen Fall werden die beteiligten Bewerber/Bieter ausgeschlossen.

3.7 Ebenso ist die gesellschaftsrechtliche Beteiligung an einem Einzelbewerber/-bieter und die gleichzeitige Mitgliedschaft an einer Bewerber-/Bietergemeinschaft und/oder die gesellschaftsrechtliche Beteiligung eines Einzelbewerber/-bieters an einem Mitglied einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ausgeschlossen, wenn durch die Beteiligung der Wettbewerb beeinträchtigt ist.

Der Bewerber-/Bieter hat sich zu ihm bekannten Beteiligungsverhältnissen zu erklären (ANLAGE 16)

Für den Fall der Wettbewerbsbeeinträchtigung werden die beteiligten Bewerber/Bieter aus dem Verfahren ausgeschlossen.

Gleiches gilt, wenn die Wettbewerbsbeeinträchtigung erst später festgestellt wird.

III. Verhandlungsverfahren

1. Prüfung Teilnahmeanträge / Aufforderung zur Angebotsabgabe

1.1 Zulassung Bewerberkreises

Der Auftraggeber fordert nach erfolgter Eignungsprüfung gem. „I. Allgemeine Hinweise Nr. 6 ff.“ in Verbindung mit „II. Teilnahmeberechtigung, Bewerber/Bietergemeinschaften, Anforderungen an die Bewerber/Bieter“ die Bewerber zur Abgabe eines Erstangebots auf.

1.2 Nach Abschluss der Frist zur Einreichung der Erstangebote werden die Angebote auf Grundlage der bekanntgemachten Zuschlagskriterien und deren Gewichtung vorläufig bewertet (vgl. §§ 51 ff. SektVO).

1.3 Der Auftraggeber entscheidet, ob er den Zuschlag auf das Erstangebot erteilt oder in Verhandlungen mit den Bietern einsteigt, mit dem Ziel der Verbesserung der Angebote.

1.4 Nach Abschluss der Verhandlungen werden die Bieter zur Abgabe eines Endangebots aufgefordert, dass Gegenstand der Zuschlagsentscheidung wird.

IV. Angebote

1. Mindestbedingungen an die Angebote

Die Angebote müssen folgende Mindestbedingungen erfüllen:

- Angebote einschließlich sämtlicher Anlagen, Nachweise und Erklärungen in deutscher Sprache und aus sich heraus annahmefähig sein.
- Angabe aller geforderten Preise
- Angabe aller geforderten Angaben

2. Preisangebot

2.1 Die Bieter haben hinsichtlich des Leistungsumfangs (**Teil C**) ein Preisangebot abzugeben.

Das Preisangebot setzt sich aus der Angabe einer Monatspauschale für die pauschalierten Leistungen und der Angaben zu den Stundenverrechnungssätzen für zusätzliche Leistungen zusammen.

Bei der Erstellung des Preisangebots ist die im Vertrag enthaltene Preisgleitregelung zu beachten.

Die Preise sind im Leistungsverzeichnis in den entsprechenden Positionen einzutragen.

3. Preisangaben und Währung

Alle Preisangaben sind in EURO, Bruchteile in vollen Cent, Prozentsätze in % anzugeben. Die angegebenen Beträge sind als Netto- und Bruttobeträge auszuweisen bzw. anzugeben.

4. Preisnachlässe

Unbedingte Preisnachlässe sind gesondert anzugeben und als solche zu kennzeichnen. Sie gelten über die gesamte Nettoangebotssumme des jeweiligen Angebots und für etwaige Zusatzleistungen/Nachträge.

Unbedingte Preisnachlässe werden bei der Wertung berücksichtigt.

Bedingte Preisnachlässe (Skonti) werden nicht verlangt und damit nicht gewertet.

5. Konzepte

Die Bieter haben mit dem Angebot folgende Konzepte einzureichen:

- **Konzept 1**
 - **Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Trinkwasserversorgung**
Darstellung, wie die Funktionsfähigkeit der Trinkwasserversorgung im Normalzustand und im Störfall sichergestellt wird.
- **Konzept 2**
 - **Konzept für die Sicherstellung Vor-Ort-Präsenz**
Bewertet wird die geplante Verfügbarkeit und Präsenz des Fachteams vor Ort und die Reaktionszeiten.
- **Konzept 3**
Konzept für die ordnungsgemäße Durchführung der kaufmännischen Betriebsführung
Bewertet wird die Sicherstellung der ordnungsgemäßen kaufmännischen Betriebsführung, insbesondere unverzügliche und zeitnahe Abrechnung, Inkassomanagement, Betriebskostenmanagement

6. Mehre Hauptangebote, Nebenangebote

Es kann nur ein Angebot abgegeben werden. Werden mehrere Hauptangebote abgegeben werden alle Angebote ausgeschlossen.

Nebenangebote sind nicht zugelassen, § 33 SektVO.

7. Zuschlagskriterien, Gewichtung und Bewertung, Zuschlag

7.1 Die Angebote werden anhand folgender Kriterien bewertet

- **Preis (Gewichtung 40 %)**
- **Konzept 1 (Gewichtung 20 %)**
- **Konzept 2 (Gewichtung 20 %)**
- **Konzept 3 (Gewichtung 20 %)**

7.2 Für die Wertung gilt folgende Matrix

Preis	0 bis max. 100 Punkte	Gewichtung 40 %	= max. 40 Punkte
Konzept 1	0 bis max. 100 Punkte	Gewichtung 20 %	= max. 20 Punkte
Konzept 2	0 bis max. 100 Punkte	Gewichtung 20 %	= max. 20 Punkte
Konzept 3	0 bis max. 100 Punkte	Gewichtung 20 %	= max. 20 Punkte
Max. Gesamtpunktzahl			= 100 Punkte

7.3 Für die Umrechnung des Preises in Wertungspunkte gilt folgende Regelung:

Das niedrigste Preisangebot erhält die höchste Punktzahl. Es wird ein fiktives Angebot in Höhe des doppelten Nettopreisangebots des günstigsten Bieters gebildet. Alle Angebote, die gleich

oder höher wie das gebildete fiktive Angebot sind erhalten 0 Punkte. Die übrigen Angebote werden linear interpoliert.

Das bewertete Preisangebot setzt sich zusammen aus

- dem Preisangebot für die Regelleistungen für 6 Jahre
- dem Preisangebot für den Einsatz von Mitarbeitern (Stundenverrechnungssätze), wobei für die Bewertung folgendes fiktives Stundenaufkommen angenommen wird:

Facharbeiter/Monteure (Fachkraft für Wasserversorgungstechnik, Anlagenmechaniker Rohrsystemtechnik, Verteilnetztechniker u. vgl.)	200 Stunden
Netzmeister, Wassermeister vor Ort	175 Stunden

Aus der Angabe der fiktiven Stunden erwächst kein Anspruch auf Abrechnung in der angegebenen Höhe.

7.4 Für die **Konzeptbewertung** gilt folgende Skala

0 Punkte	absolut ungenügendes Konzept, lässt nicht ansatzweise eine vertragsgemäße Erfüllung erwarten
25 Punkte	das Konzept erfüllt die Mindestanforderungen lässt jedoch eine geringe vertragsgemäße Erfüllung erwarten.
50 Punkte	das Konzept erfüllt die Anforderungen lässt jedoch eine durchschnittliche vertragsgemäße Erfüllung erwarten.
75 Punkte	das Konzept übertrifft die Anforderungen und stellt dies lückenlos und vollständig dar. Es lässt eine hohe vertragsgemäße Erfüllung erwarten.
100 Punkte	das Konzept übertrifft die Anforderungen bei weitem und stellt dies lückenlos und vollständig dar. Es macht darüber hinaus detailliert und nachvollziehbar Angaben dazu. Es lässt eine hervorragende vertragsgemäße Erfüllung erwarten.

Ein Angebot, bei dem ein oder mehrere Konzepte mit 0 Punkten zu bewerten sind, wird ausgeschlossen.

Das Angebot mit der höchsten Punktzahl erhält den Zuschlag

B. Einzureichende Unterlagen

I. Mit dem TEILNAHMEANTRAG einzureichende Unterlagen

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen einzureichen

- Bewerbererklärung (ANLAGE 1)
- Nachweis Betriebshaftpflichtversicherung bzw. Versicherungsbestätigung (ANLAGE 2)
- Eigenerklärung Umsatz (ANLAGE 3)
- Eigenerklärung Mitarbeiter (ANLAGE 4)
- Eigenerklärung unternehmensbezogene Referenzen (ANLAGE 5)
- Eigenerklärung persönliche Referenzen Fachkräfte (ANLAGE 5)
- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (ANLAGE 6)
- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Eintragungen
im Gewerbezentralregister (ANLAGE 7)
- Eigenerklärung Russlandsanktionen (ANLAGE 8)
- Eigenerklärung über Selbstreinigungsmaßnahmen (ANLAGE 9)
- Verpflichtungserklärung LTMG (gesondertes Dokument) (ANLAGE 10)
- Eigenerklärung Eignungsleihe (ANLAGE 11)
- Haftungserklärung bei Eignungsleihe (ANLAGE 11)
- Verpflichtungserklärung eignungsvermittelndes Unternehmen (ANLAGE 12)
- Erklärung Bewerber-/Bietergemeinschaft (ANLAGE 15)
- Erklärung Nichtvorliegen von Wettbewerbsbeschränkungen (ANLAGE 16)

jeweils in deutscher Sprache

II. Mit dem ANGEBOT einzureichende Unterlagen

Mit dem Angebot sind folgende Unterlagen einzureichen

- Eigenerklärung Nachunternehmereinsatz (ANLAGE 13)
- Nachunternehmererklärung (ANLAGE 14)
- Erklärung Nichtvorliegen von Wettbewerbsbeschränkungen NU (ANLAGE 14)
- Preisangebot
- Konzept 1
- Konzept 2
- Konzept 3

ANLAGE 1

Bewerbererklärung

Einzelbewerber oder erstes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

Name des Bewerbers	
Anschrift	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	
Website	
Rechtsform	
Gesetzlicher Vertreter	
Ansprechpartner	
Leistungsbereiche	
Umsatzsteueridentifikationsnummer	

☐ **Ich/wir sind eingetragen**

Registergericht _____
Registernummer _____

- ☐ ein aktueller Registerauszug ist beigelegt
- ☐ ein aktueller Registerauszug ist kostenfrei abrufbar unter _____
- ☐ Eine Eintragungspflicht besteht nicht

☐ **Ich/wir sind eingetragen**

IHK _____
Mitgliedsnummer _____

☐ Eine Eintragung erfolgt mangels Eintragungspflicht nicht

☐ **Ich/wir sind Mitglied der**

Berufsgenossenschaft _____
Mitgliedsnummer _____

☐ Eine Mitgliedschaft besteht nicht

Die Bewerbung erfolgt als

- ☐ **Einzelbewerber**
☐ **Mitglied einer Bewerbergemeinschaft**

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Ausstellender, Funktion, Vollmacht (j/n))

ANLAGE 1

Bewerbererklärung

2. Mitglied der Bewerbergemeinschaft (sofern erforderlich)

Name des Bewerbers	
Anschrift	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	
Website	
Rechtsform	
Gesetzlicher Vertreter	
Ansprechpartner	
Leistungsbereiche	
Umsatzsteueridentifikationsnummer	

☐ **Ich/wir sind eingetragen**

Registergericht _____
Registernummer _____

- ☐ ein aktueller Registerauszug ist beigelegt
- ☐ ein aktueller Registerauszug ist kostenfrei abrufbar unter _____
- ☐ Eine Eintragungspflicht besteht nicht

☐ **Ich/wir sind eingetragen**

IHK _____
Mitgliedsnummer _____

☐ Eine Eintragung erfolgt mangels Eintragungspflicht nicht

☐ **Ich/wir sind Mitglied der**

Berufsgenossenschaft _____
Mitgliedsnummer _____

☐ Eine Mitgliedschaft besteht nicht

Die Bewerbung erfolgt als

- ☐ **Einzelbewerber**
☐ **Mitglied einer Bewerbergemeinschaft**

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Ausstellender, Funktion, Vollmacht (j/n))

ANLAGE 1

Bewerbererklärung

3. Mitglied der Bewerbergemeinschaft (sofern erforderlich)

Name des Bewerbers	
Anschrift	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	
Website	
Rechtsform	
Gesetzlicher Vertreter	
Ansprechpartner	
Leistungsbereiche	
Umsatzsteueridentifikationsnummer	

☐ **Ich/wir sind eingetragen**

Registergericht _____
Registernummer _____

- ☐ ein aktueller Registerauszug ist beigelegt
- ☐ ein aktueller Registerauszug ist kostenfrei abrufbar unter _____
- ☐ Eine Eintragungspflicht besteht nicht

☐ **Ich/wir sind eingetragen**

IHK _____

Mitgliedsnummer _____

☐ Eine Eintragung erfolgt mangels Eintragungspflicht nicht

☐ **Ich/wir sind Mitglied der**

Berufsgenossenschaft _____

Mitgliedsnummer _____

☐ Eine Mitgliedschaft besteht nicht

Die Bewerbung erfolgt als

☐ **Einzelbewerber**

☐ **Mitglied einer Bewerbergemeinschaft**

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Ausstellender, Funktion, Vollmacht (j/n))

ANLAGE 2

Nachweis zur Haftpflichtversicherung

Ich/wir erkläre/n

1.

dass bei

(Versicherungsgesellschaft)

(Versicherungsschein-Nr.

eine Haftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssummen je Versicherungsfall (je zweifach maximiert) besteht:

- Personen- und Sachschäden, einschließlich Umweltschäden – je mind. 10 Mio. EUR
- Vermögensschäden – mind. 1,0 Mio. EUR)
- ☐ eine Kopie der Versicherungspolice **beigefügt ist.**
- ☐ es sich um einen Versicherungsvertrag mit Pauschalabdeckung handelt, alle Schadenskategorien sind im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen versichert. **Eine Versicherungsbestätigung ist beigefügt.**

HINWEIS:

Die geforderten Nachweise (Versicherungspolice / Versicherungsbestätigung) sind zwingend vorzulegen.

Eine Eigenerklärung ist nicht ausreichend.

2.

- alternativ -

- ☐ eine **Versicherungsbestätigung** über die Einräumung eines entsprechenden Versicherungsschutzes bei Auftragserteilung **ist beigefügt**

HINWEIS:

Die geforderten Nachweise (Versicherungspolice / Versicherungsbestätigung) sind zwingend vorzulegen.

Eine Eigenerklärung ist nicht ausreichend.

Eine Versicherungsbestätigung ist nicht unbedingt, wenn sie Einschränkungen wie z.B. „vorbehaltlich der Beitragseinigung“ oder vergl. beinhaltet. Eine solche Versicherungsbestätigung ist – nicht – ausreichend und wird nicht nachgefordert.

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Ausstellender, Funktion, Vollmacht (j/n))

Hinweis:

Bei Bürgerbergemeinschaften kann der Nachweis auch für die Bürgerbergemeinschaft erbracht werden, anderenfalls ist der Nachweis für jedes Mitglied der Bürgerbergemeinschaft zu erbringen.

ANLAGE 3

Eigenerklärung Spezifischer Jahresumsatz

Ich/wir erkläre/n

1.

dass bei ich/wir in den Jahren 2023 bis 2025 folgenden Netto-Jahresumsatz im Bereich der technischen und kaufmännischen Betriebsführung nach DVWG W 1000 oder vergleichbar erzielt haben

Jahr	Spezifischer Jahresumsatz
2023	
2024	
2025	

HINWEIS:

Der durchschnittliche Gesamtjahresumsatz muss mindestens 100.000 EUR (netto) betragen.

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Ausstellender, Funktion, Vollmacht (j/n))

Hinweis:

Bei Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis für die Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

ANLAGE 4

Eigenerklärung Mitarbeiter

1.

Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir 2024 über folgende Anzahl von Mitarbeitern in Vollzeitäquivalenten (ohne Praktikanten, Azubi, fachfremde Mitarbeiter) (Jahr 2023 - 2025) verfügten:

Mitarbeiter	Anzahl 2023	Anzahl 2024	Anzahl 2025
Fachkraft für Wasserversorgungstechnik / Anlagenmechaniker Rohrsystemtechnik			
Verteilnetztechniker			
Netzmeister			
Wassermeister			
Ingenieur			
Kaufmännische Fachkraft			

HINWEIS:

Die Mitarbeiterzahl muss mindestens:

- Fachkraft für Wasserversorgungstechnik Anlagenmechaniker Rohrsystemtechnik
→ mind. 3
- Netzmeister oder Wassermeister → mind. 1
- Kaufmännische Fachkraft → mind. 1

Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften ist die Erklärung für jeden Bewerber/Bieter gesondert vorzulegen. Die Angaben zur Mitarbeitendenzahl sind zusammengefügt darzustellen. Die Mitarbeiterzahl eines einzelnen an der Bewerber-/Bietergemeinschaft beteiligten Unternehmen, kann unter der geforderten Mindestmitarbeiterzahl liegen. Die Mindestmitarbeiterzahl, die der Bewerber-/Bietergemeinschaft insgesamt zur Verfügung steht, muss mindestens 5 in Vollzeitäquivalenz betragen. Die Verfügbarkeit für die Auftragsdurchführung ist zu versichern.

2.

Ich/wir versichern, dass uns die vorgenannten Mindestmitarbeiter zur Auftragsdurchführung zur Verfügung stehen.

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Ausstellender, Funktion, Vollmacht (j/n)).

ANLAGE 5

Eigenerklärung Referenzen

1.

Unternehmensbezogene Referenzen

Mindestens **3** Referenzen des Unternehmens über vergleichbare Leistungen (kaufmännische und technische Betriebsführung Wasserversorgung nach DVWG W 1000 oder vergleichbar) aus den letzten 6 Jahren

Nr.	Beschreibung (Auftraggeber, Ansprechpartner mit Kontaktdaten, Größe des betreuten Wasserversorgungsunternehmens, Leistungsumfang, Leistungszeitraum)
1	
2	
3	

2.

Fachkräfte bezogene Referenzen

Mindestens **3** Referenzen aus

Mindestanforderungen an jede Referenz:

Mindestens **3** Referenzen der **technischen Führungskraft** (Netzmeister, Wassermeister nach DVWG W 1000 oder vergleichbar) über vergleichbare Leistungen (technische Betriebsführung Wasserversorgung) aus den letzten 6 Jahre.

Nr.	Beschreibung (Auftraggeber, Ansprechpartner mit Kontaktdaten, Größe des betreuten Wasserversorgungsunternehmens, Leistungsumfang, Leistungszeitraum)
1	
2	
3	

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Ausstellender, Funktion, Vollmacht (j/n))

Hinweis:

Bewerbergemeinschaften haben die Nachweise in Summe für die Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

ANLAGE 6

Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123, 124 GWB

Ich/wir erkläre/n

1.

dass zwingende Ausschlussgründe gem. § 123 GWB **nicht** vorliegen

☐ Ja ☐ nein (➔ **ANLAGE 9**)

2.

dass fakultative Ausschlussgründe gem. § 124 GWB **nicht** vorliegen.

☐ Ja ☐ nein (➔ **ANLAGE 9**)

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Ausstellender, Funktion, Vollmacht (j/n))

Hinweis:

Bei Bürgerbergemeinschaften ist diese Erklärung für jedes Mitglied der Bürgerbergemeinschaft abzugeben.

ANLAGE 7

Erklärung über das Nichtvorliegen von Eintragungen im Gewerbezentralregister

Ich/wir erkläre/n

1.
dass keine Eintragungen im Gewerbezentralregister vorliegen

☐ Ja ☐ nein (dann weiter bei 2.)

2.
dass folgende Eintragungen im Gewerbezentralregister vorliegen:

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Ausstellender, Funktion, Vollmacht (j/n))

Hinweis:

Bei Bürgerbergemeinschaften ist diese Erklärung für jedes Mitglied der Bürgerbergemeinschaft abzugeben.

ANLAGE 8

Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein **Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift** besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bewerbers in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a) zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a) und/oder b) zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

1.

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ☐ dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

2.

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ☐ ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung
 - ☐ **Nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (**Eignungsleihe**).
 - oder**
 - ☐ Folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n)/ genommen habe(n) (**Eignungsleihe**).

(Name, Firma, Anschrift)

- ☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

3.

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ☐ ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung
 - ☐ **Keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftrage(n)/beauftragt habe(n) (**Nachunternehmereinsatz**).
- oder**
- ☐ Folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftragen werde(n)/ beauftragt habe(n).

(Name, Firma, Anschrift)

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

4.

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ☐ ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung
 - ☐ **Keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) /beauftragt habe(n) (**Lieferanteneinsatz**).
- oder**
- ☐ Folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) /beauftragt habe(n).

(Name, Firma, Anschrift)

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Firma, Ausstellender, Funktion, Vollmacht (j/n))

Hinweis:

Bei Bewerbergemeinschaften ist diese Erklärung für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft abzugeben.

ANLAGE 9

Eigenerklärung über Selbstreinigungsmaßnahmen

Ich/wir erkläre/n

1.

dass folgende zwingende Ausschlussgründe gem. § 123 GWB oder fakultative Ausschlussgründe gem. § 124 GWB vorliegen.

Grund, nähere Beschreibung, Datum Verstoß/ Sanktion

Grund, nähere Beschreibung, Datum Verstoß/ Sanktion

Grund, nähere Beschreibung, Datum Verstoß/ Sanktion

Grund, nähere Beschreibung, Datum Verstoß/ Sanktion

2.

dass folgende Selbstreinigungsmaßnahmen durchgeführt wurden:

3.

dass innerhalb der letzten drei Jahre vor Ablauf der Angebotsfrist der Auftraggeber eines öffentlichen Auftrags

- die Kündigung des Auftrags erklärt hat,
- Schadenersatz verlangt hat und/oder
- vergleichbare Rechte (z.B. Minderung der Vergütung, Vertragsstrafe, etc.) geltend gemacht hat.

☐ **Ja (dann weitere Angaben)**

☐ **nein (keine weiteren Angaben)**

Soweit ☐ **Ja** gebe ich/wir gesondert an:

- Name und Anschrift/Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers,
- Vom Auftraggeber angegebener Grund für die Kündigung oder sonstige Rechtsfolge (Schadenersatz oder vergleichbare Rechte)
- Datum des behaupteten Pflichtverstoßes, der Kündigung oder der Geltendmachung der sonstigen Rechtsfolgen
- welche Selbstreinigungsmaßnahmen wurden in Bezug auf die darzustellenden Umstände vorgenommen

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Ausstellender, Funktion, Vollmacht (j/n))

Hinweis:

Bei Bewerbergemeinschaften ist diese Erklärung für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft abzugeben.

ANLAGE 10

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene handelt)

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht
 - oder
 - ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.
- ☐ dass ich mir/wir uns
 - ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
 - oder
 - ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

- 1 dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- 1 dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- 1 dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- 1 dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- 1 dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - n den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - n mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - n der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Ausstellender, Funktion, Vollmacht (j/n)).

ANLAGE 11

Eigenerklärung Eignungsleihe

Ich/wir erkläre/n

1.
dass ich/wir mich/uns auf die Kapazitäten folgender geeigneter Unternehmen berufen
(Eignungsleihe)

Art und Umfang der Eignungsleihe	Name, gesetz. Vertreter Kontaktdaten des Unternehmens, dass die Eignung überlässt
----------------------------------	--

Art und Umfang der Eignungsleihe	Name, gesetz. Vertreter Kontaktdaten des Unternehmens, dass die Eignung überlässt
----------------------------------	--

☐ die **ANLAGE 1** ist vom Unternehmen, dass die Eignung überlässt, ausgefüllt und beigelegt

2.
dass für alle vorgenannten Unternehmen die notwendigen Eignungsnachweise für den Fall der
Eignungsleihe (**ANLAGEN 1 bis 5**) erbracht und diese beigelegt sind.

☐ Ja ☐ nein

3.
dass alle vorgenannten Unternehmen die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von
Ausschlussgründen gem. §§ 123, 124 GWB und über das Vorliegen von Eintragungen im
Gewerbezentralregister (**ANLAGE 6, 7, 9**) abgegeben haben und diese beigelegt sind.

☐ Ja ☐ nein

4.
dass alle vorgenannten Unternehmen die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von
Ausschlussgründen gem. Russlandsanktionen (**ANLAGE 8**) abgegeben haben und diese beigelegt ist.

☐ Ja ☐ nein

5.
dass im Fall der Eignungsleihe bei wirtschaftlicher oder finanzieller Leistungsfähigkeit das
entleihende Unternehmen eine Haftungserklärung für die Auftragsdurchführung abgegeben hat.

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Ausstellender, Funktion, Vollmacht (j/n))

Hinweis:

Die Eignungsleihe ist für folgende Bereiche ausgeschlossen:

- **Referenzen für Betriebsführung**
- **Referenzen für Fachkräfte**

Bei Bewerbergemeinschaften ist diese Erklärung für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft abzugeben.

ANLAGE 12

Verpflichtungserklärung des eignungsvermittelnden Unternehmens bei wirtschaftlicher oder finanzieller Leistungsfähigkeit

Ich/wir

Firma/Name, Anschrift

erklären,

1.
dass ich/wir dem Bewerber

Firma/Name, Anschrift

für folgende Kriterien der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

unsere Kapazitäten verbindlich zur Verfügung stellen.

2.
dass ich/wir im Falle der Auftragserteilung gesamtschuldnerisch mit dem vorgenannten Bewerber für die Auftragsausführung haften.

3.
dass ich/wir im Falle der Auftragserteilung die Kapazitäten dem Auftragnehmer verbindlich zur Verfügung stellen.

_____, den _____
(Ort) (Datum)

((Ausstellender, Funktion, Vollmacht (j/n))

ANLAGE 13

Eigenerklärung Nachunternehmereinsatz (Vorlage erst mit Angebot)

Ich/wir erkläre/n

1.
dass ich/wir mich/uns zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen für folgende Teilleistungen folgender Nachunternehmen bedienen werde(n):

Art und Umfang der Nachunternehmereinsatzes	Name, gesetz. Vertreter Kontaktdaten Nachunternehmers
---	---

Art und Umfang der Nachunternehmereinsatzes	Name, gesetz. Vertreter Kontaktdaten Nachunternehmers
---	---

2.
dass alle vorgenannten Unternehmen die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123, 124 GWB und über das Vorliegen von Eintragungen im Gewerbezentralregister (**ANLAGE 6, 7, 9**) abgegeben haben und diese beigelegt sind.

☐ Ja ☐ nein

3.
dass alle vorgenannten Unternehmen die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. Russlandsanktionen (**ANLAGE 8**) abgegeben haben und diese beigelegt ist.

☐ Ja ☐ nein

4.
dass alle vorgenannten Nachunternehmer eine Verpflichtungserklärung über die Verfügbarkeit abgegeben haben und diese beigelegt sind.

☐ Ja ☐ nein

_____, den _____
(Ort) (Datum)

((Ausstellender, Funktion, Vollmacht (j/n)))

ANLAGE 14

Nachunternehmererklärung Kapazitäten und fehlende Wettbewerbsbeeinträchtigung (Vorlage erst mit Angebot)

Ich/wir

Firma/Name, Anschrift

versichere/versichern,

1.

dass ich/wir ausschließlich als Nachunternehmer des Bewerbers

Firma/Name, Anschrift

meine/unsere Kapazitäten verbindlich zur Verfügung stelle/n.

2.

dass im Falle einer weiteren Tätigkeit als Nachunternehmer für einen anderen Bewerber/Bieter in diesem Vergabeverfahren eine Beeinträchtigung des Wettbewerbs nicht vorliegt, weil

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Ausstellender, Funktion, Vollmacht (j/n))

ANLAGE 15

Erklärung Bewerbergemeinschaft

1.

(Titel, Vorname, Name)

(Anschrift, Tel., E-Mail)

wird als bevollmächtigter und alleinvertretungsberechtigter Vertreter der Bewerbergemeinschaft benannt.

2.

Die Bewerbergemeinschaft erklärt, dass sie im Fall der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft bildet.

3.

Alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft haften gesamtschuldnerisch im Vergabeverfahren.

4.

Alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft haften im Fall der Auftragserteilung gesamtschuldnerisch für die Auftragsdurchführung.

_____, den _____
Ort, Datum

Ausstellendes Mitglied der Bewerbergemeinschaft, (Firma, Anschrift, Name Vertreter, Funktion)

Ausstellendes Mitglied der Bewerbergemeinschaft, (Firma, Anschrift, Name Vertreter, Funktion)

Ausstellendes Mitglied der Bewerbergemeinschaft, (Firma, Anschrift, Name Vertreter, Funktion)

ANLAGE 16

Erklärung Bewerber über das Nichtvorliegen von Wettbewerbsbeeinträchtigungen

Ich/wir erkläre/n

1.
dass mir/uns nicht bekannt ist, dass ein mit mir/uns gesellschaftsrechtlich verbundenes Unternehmen sich als Einzelbewerber oder als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft an dem Vergabeverfahren beteiligt.

2.
für den Fall der Beteiligung in Form von

eine Beeinträchtigung des Wettbewerbs aus folgenden Gründen nicht besteht:

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Ausstellender, Funktion, Vollmacht (j/n))

Hinweis:

Bei Bewerbergemeinschaften ist diese Erklärung für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft abzugeben.

Verfahren: 293/2026 - Betriebsführung Wasserversorgung

EIGNUNGSKRITERIEN

Keine Eignungskriterien festgelegt.

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
-----	-----------	-------	-----------